



Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Wohin geht der Euro? Besorgnis überall

Verunsicherung und Besorgnis nach dem Euro-Paket der Staats- und Regierungschef: In den vergangenen Tagen werde ich ständig gefragt, wie es soweit kommen konnte und warum wir Haushaltskontrolleure im Europäischen Parlament nichts dagegen getan haben. Leider dürfen wir dafür nicht zuständig sein. Der Euro ist in alleiniger Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Bitten auf Gemeinschaftsebene, mehr Befugnisse bei der Prüfung der gemeldeten Zahlen oder gar Einblicke in nationale Haushalte wurde von den Mitgliedstaaten stets abgelehnt. Dies werden wir uns nicht länger gefallen lassen. Das Rettungspaket dient zur unmittelbaren Krisenbekämpfung. Aber jetzt müssen auch konkrete Handlungsschritte eingeleitet werden, um die Mitgliedstaaten zu Haushaltssanierung und damit zu einer Stabilisierung des Euro zu zwingen, nämlich: die Umsetzung der Spar-

maßnahmen, ein realistisches und durchsetzbares Sanktionssystem, um die Anwendung des gemeinsamen Europäischen Rechts zu garantieren sowie eine Förderung von Wirtschaftsreformen, die Unternehmen unterstützen statt sie zu behindern. In einer Statistik der Weltbank über ein wirtschaftsfreundliches Klima findet sich Griechenland auf Platz 109, Deutschland notiert an 25. Stelle. Das kürzlich verabschiedete Rettungspaket in Höhe von 750 Mrd. Euro soll neben Griechenland auch Irland, Spanien, Italien und Portugal stützen, die in den vergangenen Wochen immer stärker unter Druck der internationalen Finanzmärkte geraten sind. Die EU-Kommission stellt die ersten 60 Mrd. Euro zur Verfügung, weitere 440 Mrd. Euro werden von einer sogenannten Zweckgesellschaft bereitgestellt. Diese Institution kann im Namen aller 16 Euro-Länder Geld leihen und an finanzschwache Staaten weiterleiten. Die liquiden Mittel kommen nicht von den Euro-Ländern selbst, sondern sie treten vielmehr als Bürgen für das

zu leihende Geld ein. Der nationale Währungsfond (IWF) stellt die restlichen 250 Mrd. Euro als Bürgschaften zur Verfügung. Außerdem arbeiten wir am Verbot aller Finanzprodukte, die Spekulationen mit dem Euro begünstigen. Der Euro kommt erst dann aus den Schlagzeilen, wenn Griechenland, Portugal und Spanien ihre Haushalte wirklich sanieren - und der bisherige Verschuldungskurs verlassen wird. Erst dann werden sich die Märkte beruhigen, weil sie das Interesse der schwächsten Eurostaaten an einem stabilen Euro sehen.

Nein zu EU-Regelung gegen "Fleischkleber"

Es ist ein eigentlich ekliges Stück aus dem Tollhaus: der "Klebstoff" in der Lebensmittelindustrie: Thrombin, ein Enzym im Blut von Rindern und Schweinen, wurde bislang für Fleisch und Wurst eingesetzt, um aus Stückchen Fleischstücke zu machen. Thrombin wurde auch in Deutschland eingesetzt, mußte aber auf der Verpackung angegeben werden, in Deutschland wenigstens. Ein Vor-

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



schlag der EU-Kommission wollte diese Kennzeichnungspflicht europaweit einführen, was ja richtig ist und dafür Thrombin auf die Liste der zugelassenen Zusatzstoffe für Lebensmittel setzen. Darauf setzte eine Kampagne zum Verbot der europaweiten Zulassung von Thrombin ein: Es ist ja tatsächlich nicht jedermanns Geschmack, aus mehreren Fleischresten ein einzelnes Fleischprodukt zu formen. Diese Kampagne hatte Erfolg: die europaweite Zulassung wurde gestoppt und verbleibt damit in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Damit hat sich der Verbraucherschutz einen Bärendienst erwiesen: Wenn in den Mitgliedstaaten weiter Klebefleisch produziert und exportiert wird, muss es nicht einmal überall gekennzeichnet werden. Deshalb habe ich gegen das Verbot und für eine europaweite Zulassung und damit Kennzeichnungspflicht gestimmt, weil damit mehr für den Verbraucherschutz erreicht würde. Im übrigen kann Thrombin leicht durch andere Substanzen ersetzt werden.

Ärgernis der Woche: Stellenausschreibungen

Neues von den Agenturen: Die Antwort der Kommission auf unsere schriftliche Anfragen in Sachen Stellenausschreibung für Agenturen ist da. Jeder neue Agenturdirektor kostet durchschnittlich 150 000 Euro. In den letzten zweieinhalb Jahren wurden 13 Direktoren eingestellt. Das sind rund 2 Mio. Euro an Kosten in den letzten zweieinhalb Jahren. Seit Beginn dieser Legislaturperiode bin ich Mitglied der Arbeitsgruppe Agenturen, in der Parlament, Rat und Kommission zur Zukunft der Agenturen beraten. Mein Eindruck: Der Rat sieht kein Problem darin, dass wir bereits jetzt 29 Agenturen eingerichtet haben und 4 neue gerade beschließen. Die aktuelle spanische Ratspräsidentschaft will bereits der ungarischen Präsidentschaft die "heiße Kartoffel" Agenturen zuschieben. Damit hätten wir bereits 2011. Das ist mit mir nicht zu machen. Ich will einen gemeinsamen Rechtsrahmen für neu einzurichtende Agenturen mit einer wirkungsvollen Aufsicht.

Bessere soziale Absicherung von Frauen

Selbständig arbeitende Frauen und die Frauen von Selbständigen, die im Betrieb ihres Ehemannes mitarbeiten sollten besser gegen Krankheit und Alter abgesichert werden. Das Parlament hat einer entsprechenden Richtlinie zugestimmt. Damit bleiben die Details der Absicherung in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Europäisch zwingend ist aber die Absicherung in den Sozialversicherungssystemen selbst.

Besuch aus der Heimat und neuer Mitarbeiter

Rund 150 Besucherinnen und Besucher kamen diese Woche zu mir nach Straßburg: der VdK Wasseralfingen mit 32 Personen, der VdK Heidenheim mit seiner Vorsitzenden Hilka mit 50 Personen, Familie Wirth mit einer amerikanischen Austauschschülerin und die Richard von Weizsäcker-Schule aus Öhringen mit 62 Personen. Thomas Würdinger, angehender Politik- und Medienwissenschaftler aus Heidenheim arbeitet gerade mit.

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu